

Wahlverhalten bei der Gemeinderatswahl am 18. Juni 1989

— Eine Analyse auf der Basis von Strukturmerkmalen der Volkszählung 1987 —

Vorbemerkungen

Die Gemeinderatswahl im Saarland, die im Rahmen der Kommunalwahl am 18. Juni 1989 zusammen mit der Europawahl durchgeführt wurde, war zwar in erster Linie eine Entscheidung über örtliche Belange und Interessen, dennoch dürfte sie aber sowohl von der Landes- als auch von der Bundespolitik beeinflusst worden sein.

Die saarländische Bevölkerung war am 18. Juni 1989 mehr zum Urnengang mobilisiert als vor fünf Jahren. Die Wahlbeteiligung lag mit 79,2 % um 0,4 Prozentpunkte über der von 1984.

Interessant in diesem Zusammenhang ist auch das Ergebnis der Europawahl. Obwohl, wie die Umfrageergebnisse im Vorfeld der Wahl zeigten, die Wahl zum Europäischen Parlament in der Wahrnehmung der Wähler keine sehr wichtige Wahlentscheidung darstellt, weil das Wahlergebnis für die Machtverhältnisse auf Bundes- und Landesebene ohne Bedeutung ist, gingen doch 78,9 % (+ 0,5 Prozentpunkte) der Wahlberechtigten im Saarland zur Wahl. Das Saarland liegt damit u.a. auch wegen der gleichzeitig durchgeführten Kommunalwahl bezüglich der Wahlbeteiligung an der Spitze aller Bundesländer.

Im Gesamtergebnis setzten sich im Saarland auch bei der Gemeinderatswahl die Stimmenverluste der CDU fort. Bei einem Verlust von fünf Prozentpunkten auf einen Anteil von 36,8 % der CDU verbesserte sich die Position der SPD um 0,8 Prozentpunkte auf 46,3 %, die der Grünen um 0,4 Prozentpunkte auf 4,5 %, die der F.D.P. um 1,1 Prozentpunkte auf 5,7 %, die der Republikaner um 1,2 Prozentpunkte auf 1,2 % und die der Freien Wählergemeinschaften um einen Prozentpunkt auf 4,4 %. Wegen ihres guten Ergebnisses in der Stadt Saarbrücken hat die F.D.P. die 5%-Grenze bei der Kommunalwahl 1989 mit 5,7 % auch auf Landesebene überstiegen, wohingegen die Grünen trotz eines Gewinnes von 0,4 Prozentpunkten bei der Gemeinderatswahl im Saarland die 5%-Grenze nicht erreicht haben.

Das veränderte Kräfteverhältnis zwischen den beiden großen Parteien, aber auch das Verhältnis zu den kleineren Parteien, zeigt sich auch an folgenden Zahlen:

Die SPD gewann in 36 Gemeinden Stimmen hinzu und verlor nur in 16 Gemeinden, wohingegen die CDU in nur acht Gemein-

den Wählerstimmen gewann, in 44 Gemeinden aber Verluste bis zu 16,2 Prozentpunkten (Nalbach) hinnehmen mußte. Die SPD liegt in 39 Gemeinden, davon in 15 Gemeinden mit absoluter Mehrheit, bezüglich ihres Wähleranteils vor der CDU. Die CDU hält diese Position in 13 Gemeinden, darunter in fünf Gemeinden mit absoluter Mehrheit. Die F.D.P. zog in 20 Kommunalparlamenten (18 bei der Wahl 1984) ein. Bemerkenswert ist ihr Erfolg in der Landeshauptstadt Saarbrücken mit 9,0 % (1984: 4,9 %). Analog zu 1984 zogen die GRÜNEN in 19 Kommunalparlamenten ein.

In nur zwei Städten, Saarbrücken und Saarlouis, hatten sich die Kandidatinnen und Kandidaten der Republikaner beworben und konnten auf Anhieb in beiden Kommunen die 5 %-Hürde überwinden. Damit gelang den Republikanern in zwei modernen Dienstleistungszentren des Saarlandes der Einzug in die Kommunalparlamente.

In vielen Städten und Gemeinden des Landes stellten sich Wählergemeinschaften zur Wahl. Sie zogen in 26 Parlamente ein.

In einem einzigen Kommunalparlament (Püttlingen) ist die DKP vertreten.

Diese Einführung mag dazu dienen, die im Folgenden dargestellte Wahlanalyse besser einordnen zu können. Örtlich betrachtet gab es vielfältige und wechselseitige Wählerbewegungen. Es kann davon ausgegangen werden, daß sich die Wählerinnen und Wähler ernsthaft mit den Lebensbedingungen in ihrem Umfeld auseinandergesetzt und sich dabei auch von traditionellen Bindungen an die Parteien teilweise gelöst haben.

Unter den Parteien in der Bundesrepublik Deutschland verbreitet sich seit einiger Zeit zunehmend Unsicherheit über die Prognostizierbarkeit des Wählerverhaltens. Wie Untersuchungen zeigen, ist die Zahl der Wechselwähler beträchtlich gestiegen. Ihr Anteil an der Gesamtwählerschaft wird auf 20 — 40 % geschätzt. Diese Entwicklung wird von Wahlforschern der neuen Mittelschicht aus Angestellten und Beamten bzw. den in ihr ablaufenden sozialen Prozessen zugeschrieben, mit dem Hinweis auf die Zunahme der neuen Mittelschicht und ihre geringe Einbindung in überkommene politische Milieus. Die Umschichtung des Erwerbstätigenpotentials von der Mehrheit der Arbeiter zum Übergewicht der Gruppe der Beamten und Angestellten

soll an dieser Stelle exkurshaft aufgezeichnet werden.

Im Rahmen der Volkszählung 1987 wurden im Saarland insgesamt 412 264 Erwerbstätige nachgewiesen. Dagegen waren es 1970 bei der damaligen Totalzählung 406 197. Unter Berücksichtigung der Zahl der Erwerbslosen von 51 833 ergab sich für das Jahr 1987 eine Erwerbsquote von 44 %. Im Jahre 1970, als man im Land noch rund 65 000 Einwohner mehr zählte und die Zahl der Erwerbslosen mit 3 196 Personen noch relativ unbedeutend war, betrug die Erwerbsquote knapp unter 37 %. Sie hat damit eine Zunahme von sieben Prozentpunkten erfahren. Die geschlechtsspezifische Strukturierung bringt dabei folgende Erkenntnisse. Die Quote der männlichen Erwerbspersonen stieg von 54 % im Jahre 1970 um rund sechs Prozentpunkte auf nunmehr 60 %, während die Erwerbsquote für Frauen überproportional um 8,5 Punkte von 20,7 % auf 29,2 % zunahm. Es darf dabei jedoch nicht übersehen werden, daß der 1987 für Männer erreichte Wert exakt auf dem Bundesniveau, die Erwerbsquote für Frauen jedoch noch um fast sechs Prozent unter dem Bundesdurchschnitt liegt.

Strukturelle Verschiebungen zwischen den beiden Volkszählungsjahren 1970 und 1987 lassen sich auch bei der Gliederung der Erwerbstätigen nach ihrer Stellung im Beruf nachweisen. Während sich der Anteil der Selbständigen an allen Erwerbstätigen in beiden Jahren bei etwa 7,5 % bewegte, nahmen sowohl der Anteil der mithelfenden Familienangehörigen (— 2,3 Prozentpunkte) als auch die Quote der Arbeiter (— 6,6 Prozentpunkte) ab. Diese Abnahme geht exakt zugunsten der schon erwähnten neuen Mittelschicht aus Beamten und Angestellten, die im Beobachtungszeitraum um neun Prozentpunkte zugelegt hat.

Auch ist deren geschlechtsspezifische Betrachtung von Interesse. Waren in der Gruppe der Beamten und Angestellten im Jahre 1970 noch rund 63 % männlichen und 37 % weiblichen Geschlechts, so hat sich dieses Verhältnis bis zum Jahre 1987 deutlich verschoben. Der Anteil der Männer machte hier nur noch 54 % aus. Extreme Veränderungen zeigen sich bei der Entwicklung der Angestelltenzahlen. Im Jahre 1970 machte der Anteil der weiblichen Angestellten erst 45 %, 1987 dagegen schon 53 % aus.

Aufgrund vorliegender Wahlergebnisse und entsprechender Umfragen ist bekannt, daß der überwiegende Teil der Wähler meist "seine" Partei wählt. Dies gilt insbesondere für die Wähler der SPD und der CDU, weil es zugunsten dieser Parteien durch Sozialstruktur und Traditionen verankerte Wahlnormen

gibt. Obwohl es sehr viel mehr Stammwähler als Wechselwähler gibt, ist bei eng beieinanderliegenden Wahlergebnissen der Einfluß der Wechselwähler ganz besonders groß, da diese Wähler dann das Ergebnis entscheidend beeinflussen können. Die Stammwähler bilden für jede Partei eine Basis, mit der sie rechnen kann.

Bei den nachfolgenden Betrachtungen des Wahlergebnisses liegt das Hauptaugenmerk auf der Analyse des Wahlverhaltens in Gemeinden mit dominanten Strukturen. Es gilt zu untersuchen, welche Veränderungen in den für die einzelnen Parteien günstigen und ungünstigen sozialen Strukturen eingetreten sind.

Die Prägekraft soziodemographischer Faktoren für das Wahlverhalten wurde über lange Zeit als bestimmend angesehen. Zahlreiche Untersuchungen zeigen, daß es deutliche Zusammenhänge zwischen sozialen Strukturen und dem Wahlergebnis der Parteien gibt. Solche Zusammenhänge können mit Korrelationskoeffizienten gemessen werden.

Die Volkszählung 1987 eröffnet nun dem Wahlanalytiker die Möglichkeit, auf detaillierte Strukturdaten zurückgreifen zu können, um sie in Beziehung zu den Wahlergebnissen zu bringen.

Für die Analyse wurden folgende Strukturvariablen, jeweils auf Gemeindeebene, ausgesucht:

- Anteil der Wahlbeteiligung
- Anteil der Arbeiter
- Anteil der Angestellten
- Anteil der Selbständigen
- Anteil der Beschäftigten im Produzierenden Gewerbe
- Anteil der Beschäftigten in der Landwirtschaft
- Anteil der Bevölkerung von 18 bis unter 35 Jahren
- Anteil der Bevölkerung über 60 Jahre
- Anteil der Hauptschulabsolventen
- Anteil der Personen mit mindestens Realschulabschluß
- Anteil der Hochschulabsolventen
- Anteil der Erwerbslosen
- Anteil der katholischen Bevölkerung
- Anteil der evangelischen Bevölkerung

Die Auswahl solcher Merkmale im Zusammenhang mit der Wahlbeteiligung und den Stimmenanteilen der Parteien ist stets bis zu einem gewissen Grade willkürlich, da sie bisher nicht in ihrer Vollständigkeit in der Theorie des Wahlverhaltens begründet ist.

Die Analyse des Wählerverhaltens aufgrund sozialer Strukturen hat jedoch auch ihre Grenzen. Sozialer Wandel und soziale Mobilität haben dazu geführt, daß man heute kaum noch "seine" Milieus vorfindet, in denen es von allen Mitgliedern akzeptierte verbindliche Wahlnormen gibt. Demzufolge muß davon ausgegangen werden, daß die Festlegung auf milieukonformes Wahlverhalten nicht mehr so stabil ist.

Das politische Geschehen, das nicht mit statistischen Zahlen zu messen ist, gewinnt dadurch an Bedeutung und beeinträchtigt die eigentliche Substanz sozialstrukturell vermittelter Wählerbindungen.

Einschränkend kommt weiter für die folgende Analyse hinzu, daß die Betrachtung der Strukturergebnisse der Städte und Gemeinden des Landes nicht die lokale Struktur innerhalb der sehr heterogenen Gebiete widerspiegelt. Die Städte und Gemeinden setzen sich aufgrund der Gebiets- und Verwaltungsreform von 1974 zum Teil aus unterschiedlich strukturierten Stadt-/Ortsteilen zusammen.

Untersuchungen nach Alter und Geschlecht werden in diesem Aufsatz nicht weiter verfolgt, da eine Analyse dieser Merkmale im Zusammenhang mit Wahlbeteiligung und Wahlverhalten sehr ausführlich im Rahmen der repräsentativen Europawahlstatistik durchgeführt wurde.

Typisierung der Gemeinden anhand von Merkmalen aus der Volkszählung

Für jeden der im vorherigen Kapitel aufgeführten Anteile wird, wie in Wahlanalysen üblich, ein niedriger, ein mittlerer und ein hoher Bereich, d.h. jeweils ein Drittel der Fälle, festgelegt. Alle Gemeinden des Landes werden z.B. nach ihrem Arbeiteranteil sortiert und dann entsprechend in drei Klassen eingeteilt. Dies ist gleichbedeutend mit einer Zerlegung des Saarlandes in drei Wahlgebiete, deren jeweilige Wahlergebnisse miteinander verglichen werden können. Wie bereits erwähnt, sind diesen Untersuchungen Grenzen gesetzt, da neben der Zugehörigkeit zu einer sozialen Gruppe verstärkt das aktuelle politische Geschehen eine Rolle spielt und den Einfluß des sozialen Umfeldes damit überlagert. Einschränkend muß weiter erwähnt werden, daß Veränderungen im Wahlverhalten nur für die jeweilige Gemeinde und damit für ein bestimmtes soziales Milieu insgesamt gelten, also Aussagen über individuelles Wahlverhalten nicht unmittelbar möglich sind. Wenn z.B. die Grünen in Gemeinden mit hohem Arbeiteranteil überproportionale Gewinne aufweisen, ist dies bestenfalls ein Hinweis auf das Wahlverhalten der

Arbeiter. Des weiteren muß die Analyse insofern eingeschränkt werden, als sich in den einzelnen regionalen Einheiten die Effekte der Strukturmerkmale unterschiedlich überlagern. Dies würde eine mehrdimensionale Betrachtung erfordern. Im folgenden Kapitel werden nur die Zusammenhänge zwischen Parteiateilen und einzelnen sozialen Strukturen ermittelt.

Soziales Umfeld und Wahlverhalten

Wie bereits erwähnt, wird in vielen Fällen die Festlegung auf milieukonformes Wahlverhalten nicht mehr allein durch die Zugehörigkeit zu einer sozialen Gruppe bzw. zu einem sozialen Milieu zu erklären sein, sondern durch soziologische Veränderungen hervorgerufene andere Faktoren. Entsprechend muß davon ausgegangen werden, daß die Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Schicht nicht mehr auf konformes Wahlverhalten schließen läßt. Das politische Geschehen beeinflusst zunehmend die Meinungsbildung. Diese Prozesse der Abnahme der Parteiidentifikation und der Lockerung der traditionell festen Bindungen der Wähler an die etablierten Parteien ist spätestens seit Anfang der achtziger Jahre, seit der Parteiidentifikation mit den GRÜNEN, zu beobachten. Dennoch wird selbstverständlich das Verhalten großer Teile der Bevölkerung unverändert von den traditionellen Strukturmustern bestimmt, wie auch aus den folgenden Kapiteln zu ersehen ist.

Wie die Ergebnisse der Volkszählung 1987 zeigen, haben sich die sozialen Strukturen im Saarland ebenso wie in der Bundesrepublik Deutschland seit 1970 nachhaltig geändert. Die Arbeiter, damals noch mit 49,4 % die größte Berufsgruppe, liegen mit 42,8 % nach den Ergebnissen der Volkszählung 1987 deutlich hinter den Angestellten und Beamten mit 48,8 % zurück. Ebenfalls geschrumpft ist der Anteil der Selbständigen. Bei der folgenden Betrachtung sei vor dem Fehlschluß gewarnt, daß die Veränderung des Wahlergebnisses auf den einzelnen Wähler zu beziehen ist. Die Veränderungen gelten nur für die beschriebenen Gebiete, die Städte und Gemeinden.

Hohe Wahlbeteiligung begünstigt die CDU

Um einen möglichen Einfluß der Höhe der Wahlbeteiligung auf das Abschneiden der Parteien zu analysieren, wurden die Ergebnisse der Gemeinden nach niedriger, mittlerer und hoher Wahlbeteiligung gruppiert.

Betrachtet man die verschiedenen Niveaus der Wahlbeteiligung, dann zeigt sich, daß dort, wo die Wahlbeteiligung insgesamt am

höchsten ausgefallen ist, auch für die CDU höhere Ergebnisse zu verzeichnen sind (Korrelationskoeffizient = + 0,49) als bei niedriger bis mittlerer Höhe der Wahlbeteiligung. Die Ergebnisse für die SPD hingegen stellen sich in Bezug auf die Wahlbeteiligung genau umgekehrt dar. Sie erzielte in Gemeinden mit hoher Wahlbeteiligung niedrigere Ergebnisse als in Gemeinden mit niedriger Wahlbeteiligung (Korrelationskoeffizient = - 0,20). GRÜNE und F.D.P. profitieren ebenso wie die SPD von einer niedrigen Wahlbeteiligung.

SPD und CDU profitieren vom hohen Arbeiteranteil

Gruppiert man die Städte und Gemeinden nach der Höhe des Arbeiteranteils, so sind die Kommunen mit hohem Anteil an Arbeitern gekennzeichnet durch eine hohe Wahlbeteiligung; dies wird verdeutlicht durch einen Korrelationskoeffizienten von + 0,44.

Die CDU hat bei der Gemeinderatswahl um so besser abgeschnitten, je höher der Anteil der Arbeiter in der Gemeinde ist. Sie erzielte in der Klasse mit niedrigem Arbeiteranteil 35,7 %, dagegen in der Klasse mit hohem Arbeiteranteil 39,0 %. Der Korrelationskoeffizient von + 0,20 untermauert diese Aussage. Die Wahlergebnisse der SPD zeigen bezüglich des Anteils der Arbeiter die gleiche Tendenz, wie die Ergebnisse der CDU in den jeweiligen Städten und Gemeinden. Abgeschwächt ist nur der Grad der Steigung.

Dagegen besteht ein starker Zusammenhang zwischen dem Abschneiden der GRÜNEN und dem Arbeiteranteil. Die GRÜNEN erzielten um so bessere Ergebnisse, je niedriger der Anteil der Arbeiterschaft war (Korrelationskoeffizient = - 0,38 %). Das Wahlergebnis der F.D.P. ist relativ unabhängig vom Arbeiteranteil

Gemeinden mit einem hohen Anteil an Angestellten sind weniger wahlfreudig

Setzt man die Höhe des Anteils an Angestellten in Relation zu den Wahlergebnissen, dann zeigt sich, daß in den Kommunen mit besonders hohem Anteil an Angestellten die Wahlbeteiligung signifikant unter der in den Kommunen mit niedrigem Anteil liegt. Eine Spannweite von 11,1 %-Punkten und ein Korrelationskoeffizient von - 0,65 dokumentierten dies sehr deutlich.

Die SPD erzielte in der Klasse mit niedrigem Angestelltenanteil unterdurchschnittliche Ergebnisse, wohingegen die CDU hier weit über dem Durchschnitt lag. Steigende Anteile an Angestellten sind verbunden mit steigenden Anteilen für die SPD; für die CDU zeigt die Entwicklung die entgegengesetzte Tendenz. Auffällig in diesem Zusammenhang ist, daß die CDU gerade in den Gemeinden mit hohem Angestelltenanteil 6,2 %-Punkte im Vergleich zu 1984 einbüßte. In diesem Zusammenhang sei auf die Ausführungen in früheren Kapiteln über die neue Mittelschicht verwiesen.

Klare Zusammenhänge zwischen dem Angestelltenanteil und dem Wahlverhalten lassen sich für die GRÜNEN und insbesondere für die F.D.P. feststellen. Je höher die Anteile der Angestellten an der Gesamtbevölkerung ausfielen, desto besser schnitten beide Parteien ab.

Mit steigendem Anteil der Selbständigen sinken die Anteile der beiden großen Parteien

Rund sieben Prozent der Erwerbstätigen im Saarland entfallen nach den Ergebnissen der Volkszählung 1987 auf die Selbständigen. Von den 30 823 Selbständigen ist fast ein Drittel im Dienstleistungsgewerbe tätig.

Bei einer Strukturierung der Städte und Gemeinden nach ihrem Anteil an Selbständigen schneidet die SPD umso schlechter ab, je größer der Anteil der Selbständigen ist. Die gleiche Entwicklung ist auch für die CDU festzustellen. Klare Zusammenhänge nur mit einer entgegengesetzt ausgerichteten Tendenz lassen sich für die GRÜNEN zeigen. Sie erzielten umso bessere Ergebnisse, je mehr der Anteil der Selbständigen an der Gesamtbevölkerung ausmacht. Die Wahlbeteiligungsquote spiegelt in der Tendenz die Entwicklung der beiden großen Parteien in den einzelnen Klassen wieder; sie fällt mit steigendem Anteil der Selbständigen.

Mit steigendem Anteil der Erwerbstätigen im Produzierenden Gewerbe vergrößern sich die Anteile der CDU

Lag der Anteil der im Produzierenden Gewerbe Beschäftigten 1970 noch bei über 50 %, so reduzierte er sich bis 1987 auf 43 %. Wie bereits ausgeführt, ging dieser Rückgang zugunsten der sogenannten neuen Mittelschicht vorstatten.

Steigende Anteile von Erwerbstätigen im Produzierenden Gewerbe in den Gemeinden sind verbunden mit steigenden CDU-Anteilen und mit Vergleichswerten bei der SPD, denen keine eindeutige Tendenz zuzuordnen ist. Die beiden kleineren Parteien F.D.P. und GRÜNEN zeigen eine der CDU entgegengesetzte Entwicklung. Sie erzielten in der Gruppe mit niedrigen Anteilen höhere Ergebnisse, als in der Klasse mit hohen Anteilen.

Der Vergleich des Anteils der Erwerbstätigen im Produzierenden Gewerbe mit der Wahlbeteiligung zeigt für Gebiete mit hohen Anteilen an Erwerbstätigen hohe Wahlbeteiligungsquoten.

Kommunen mit hohen Anteilen an Erwerbstätigen in der Land- und Forstwirtschaft zeigen eine Tendenz zur CDU

Obwohl der Anteil der in der Land- und Forstwirtschaft Beschäftigten in den Städten und Gemeinden 1987 nur noch knapp 1 % ausmacht, soll durch die ländliche Orientierung vieler Ortsteile der saarländischen Städte und Gemeinden dieses Merkmal in die Analyse einbezogen werden. Die Kommunen mit hohen Anteilen in diesem Bereich zeigen Tendenzen zur CDU hin, wohingegen in Gebieten mit niedrigen Anteilen auch niedrige CDU-Anteile zu finden sind. Deutliche Unterschiede kann man im Hinblick auf das Abschneiden der SPD erkennen. In Regionen mit niedrigen Anteilen der Beschäftigten in der Landwirtschaft sind hohe sozialdemokratische Stimmenanteile zu verzeichnen; analog gilt die umgekehrte Relation. Die Entwicklung der Stimmenanteile für die F.D.P. und die GRÜNEN zeigt bezüglich des hier betrachteten Strukturmerkmals in der Tendenz die gleiche Richtung wie für die SPD.

SPD in Gemeinden mit hohem Anteil älterer Bürger gut vertreten

„Junge“ Gemeinden, d.h. Gemeinden, bei denen die Wählerinnen und Wähler im Alter zwischen 18 und 35 Jahren mit hohem Anteil vertreten sind, zeichnen sich durch hohe CDU-Anteile und niedrige SPD-Anteile aus, wohingegen Gemeinden mit niedrigen Anteilen bei den 18- bis 35jährigen sich durch niedrige CDU und hohe SPD-Anteile charakterisieren. Schwach ausgeprägt ist diese Systematik sowohl für F.D.P. als auch für GRÜNE.

In Gemeinden mit einem hohen Anteil an Bürgerinnen und Bürgern über 60 Jahre ist die SPD stärker vertreten als in Gemein-

den mit einer niedrigen Quote älterer Menschen; für die CDU gilt die entgegengesetzte Aussage. Korrelationskoeffizienten von + 0,42 für die SPD und — 0,36 für die CDU bestätigen dies. Die Stimmenanteile der F.D.P. und der GRÜNEN steigen mit zunehmendem Anteil der über 60jährigen an der Bevölkerung der jeweiligen Gemeinde.

Wahlbeteiligung und Anteil der über 60jährigen zeigen eine gegenläufige Entwicklung (Korrelationskoeffizient: — 0,47).

Wahlbeteiligung sinkt mit steigender Schulbildung

Einschränkend muß für die Analyse des Wahlverhaltens im Vergleich zur Schulbildung gesagt werden, daß in die Betrachtung die gesamte saarländische Bevölkerung, d.h. einschließlich der Ausländer, einbezogen ist. Die Auswertung der Volkszählung 1987 liefert derzeit noch keine Angaben über die Schulbildung der deutschen saarländischen Bevölkerung.

Wie die Analyse zeigt, beeinflusst auch die Bildungsstruktur einer Gemeinde die Höhe der Stimmergebnisse für die Parteien. In Gebieten mit hohem Wähleranteil mit Hauptschulabschluß sind die GRÜNEN nicht so häufig vertreten wie in Gemeinden mit niedrigem Anteil. Die Stimmenanteile der CDU hingegen steigen mit höheren Anteilen der Personen mit Hauptschulabschluß. Für die SPD sind systematische Effekte nicht erkennbar.

Deutlicher zeichnet sich die Entwicklung bei einer Klassifizierung nach dem Anteil an Bürgerinnen und Bürgern mit mindestens Realschulabschluß ab. SPD und CDU erzielten in Gebieten mit hohem Anteil nicht so gute Ergebnisse wie in Gemeinden mit niedrigem Anteil. Umgekehrt sieht die Entwicklung bei den GRÜNEN und der F.D.P. aus. Ihre Stimmenanteile wachsen mit steigenden Anteilen an Personen mit mindestens Realschulabschluß.

Die Wahlbeteiligungsquote fällt mit wachsendem Anteil der Bevölkerung mit mindestens Realschulabschluß. Somit sind Kommunen mit hohem Bildungsniveau nicht so wahlfreudig wie Gemeinden mit unter dem Durchschnitt liegenden Anteilswerten.

Gemeinden mit hohem Hochschul- und Fachhochschulanteil bringen für die F.D.P. und für die GRÜNEN bessere Ergebnisse, als Gemeinden mit niedrigen Anteilen. Tendenziell umgekehrt sehen die Verhältnisse für SPD und CDU aus.

Hoher Anteil an Erwerbslosen kommt F.D.P. und GRÜNEN zugute

Hohe Anteile an Erwerbslosen in den Städten und Gemeinden kommen sowohl der F.D.P. als auch den GRÜNEN zugute. Genau umgekehrt verhalten sich die Stimmenanteile der CDU. Sie hat zwischen den Werten der niedrigen und der hohen Anteilsgruppe an Erwerbslosen eine Spannweite von zwölf Punkten, bei einem Korrelationswert von $-0,45$. Dagegen sind dominante systematische Effekte für die Anteile der SPD nicht erkennbar. Sie erzielte ihren Hauptstimmenanteil in der mittleren und höchsten Gruppe. Im Vergleich zu 1984 verlor die CDU gerade in Gemeinden mit hohen Anteilen an Erwerbslosen gegenüber 1984 $6,0\%$ -Punkte.

Mit steigendem Erwerbslosenanteil sinkt die Wahlbeteiligung, was sich in einem Korrelationskoeffizient von $-0,59$ niederschlägt.

Katholiken wählen häufiger die CDU, Evangelische häufiger die SPD

Eine der sichersten Erkenntnisse der Wahlforschung besagt, daß in den Gruppen mit Kirchenbindung die Chancen für die CDU besonders gut sind. Da Katholiken häufiger als Protestanten eine Kirchenbindung haben, begünstigt dies die CDU vor allem in katholischen Regionen. Für die Analyse stehen aber keine Informationen über die Kirchenbindung der Wählergruppen zur Verfügung, sondern nur Angaben über die Anteile der katholischen und evangelischen Wohnbevölkerung. Daß die CDU bei einem hohen Katholikenanteil an der Wohnbevölkerung wesentlich besser abschneidet als in anderen Kommunen, ist aus den Tabellen ersichtlich. So erzielte sie in der Gruppe mit hohem Katholikenanteil $40,6\%$, dagegen in der Gruppe mit niedrigem Anteil nur $33,2\%$. Im Vergleich zu 1984 verlor sie aber in allen Klassen zwischen $4,7$ und $5,2\%$ -Punkte.

Umgekehrt entwickeln sich die Ergebnisse der SPD. Je höher der Katholikenanteil in einer Gemeinde ausfällt, desto niedriger wird der Anteil der sozialdemokratischen Partei. Das Gefälle erstreckt sich von $48,6\%$ in der Gruppe mit niedrigem Anteil bis zu $43,6\%$ in der Klasse mit hohem Katholikenanteil.

Das Abschneiden der GRÜNEN paßt sich dem der SPD an, nur auf einem anderen Niveau. Für die Entwicklung der F.D.P. läßt sich kein systematischer Zusammenhang feststellen. Die Ergebnisse zeigen weiter, daß in Gebieten mit einem hohem Katholi-

kenanteil eine größere Wahlfreudigkeit besteht als in den übrigen Regionen.

Genau die entgegengesetzte Tendenz zeigt die Analyse des Zusammenhangs von evangelischer Wohnbevölkerung und Wahlverhalten bzw. Wahlbeteiligung. Korrelationskoeffizienten von $-0,41$ für die Wahlbeteiligung, $0,46$ für die SPD, $-0,47$ für die CDU, $0,24$ für die GRÜNEN und $0,23$ für die F.D.P. belegen dies.

W A H L A N A L Y S E NACH SOZIALEM UMFELD
BEI DEN GEMEINDERATSWAHLEN 1989 UND 1984

ANTEIL WAHLBE- TEILIGUNG	ABGEGEB. STIMMEN	SPD	CDU	GRUENE	F.D.P.
	1	2	3	4	5
1989 IN %					
NIEDRIG BIS 81,0 %	74,1	48,3	32,0	5,4	6,7
MITTEL BIS 84,6 %	83,0	44,3	38,9	4,8	5,0
HOCH AB 84,6 %	87,0	44,2	45,7	2,2	4,1
1984 IN %					
NIEDRIG BIS 81,0 %	74,8	48,0	38,3	4,6	4,8
MITTEL BIS 84,6 %	82,5	42,6	44,9	3,7	4,7
HOCH AB 84,6 %	85,2	42,9	46,7	3,3	4,0
DIFF. ZU 1984 IN %-PUNKTEN					
NIEDRIG BIS 81,0 %	-0,7	0,3	-6,3	0,8	1,9
MITTEL BIS 84,6 %	0,5	1,7	-6,0	1,1	0,3
HOCH AB 84,6 %	1,8	1,3	-1,0	-1,1	0,1

W A H L A N A L Y S E NACH SOZIALEM UMFELD
BEI DEN GEMEINDERATSWAHLEN 1989 UND 1984

ANTEIL ARBEITER	ABGEGEB. STIMMEN	SPD	CDU	GRUENE	F.D.P.
	1	2	3	4	5
1989 IN %					
NIEDRIG BIS 42,5 %	76,1	45,4	35,7	5,5	6,1
MITTEL BIS 46,9 %	80,0	47,0	37,0	4,8	5,1
HOCH AB 46,9 %	84,2	47,5	39,0	1,7	5,7
1984 IN %					
NIEDRIG BIS 42,5 %	76,4	45,3	41,1	4,9	4,5
MITTEL BIS 46,9 %	79,5	46,5	42,0	3,9	4,3
HOCH AB 46,9 %	83,8	44,5	43,2	2,6	5,4
DIFF. ZU 1984 IN %-PUNKTEN					
NIEDRIG BIS 42,5 %	-0,3	0,1	-5,4	0,6	1,6
MITTEL BIS 46,9 %	0,5	0,5	-5,0	0,9	0,8
HOCH AB 46,9 %	0,4	3,0	-4,2	-0,9	0,3

W A H L A N A L Y S E NACH SOZIALEM UMFELD
BEI DEN GEMEINDERATSWAHLEN 1989 UND 1984

ANTEIL ANGESTELLTE, AZUBIS	ABGEGEB. STIMMEN	SPD	CDU	GRUENE	F.D.P.
	1	2	3	4	5
1989 IN %					
NIEDRIG BIS 35,4 %	86,2	44,4	43,3	2,9	5,0
MITTEL BIS 39,2 %	80,4	46,5	37,2	4,0	5,7
HOCH AB 39,2 %	75,1	47,1	33,8	5,6	6,0
1984 IN %					
NIEDRIG BIS 35,4 %	84,8	43,6	46,1	2,7	4,9
MITTEL BIS 39,2 %	79,9	45,0	41,7	3,9	5,0
HOCH AB 39,2 %	75,8	46,7	40,0	4,8	4,2
DIFF. ZU 1984 IN %-PUNKTEN					
NIEDRIG BIS 35,4 %	1,4	0,8	-2,8	0,2	0,1
MITTEL BIS 39,2 %	0,5	1,5	-4,5	0,1	0,7
HOCH AB 39,2 %	-0,7	0,4	-6,2	0,8	1,8

W A H L A N A L Y S E NACH SOZIALEM UMFELD
BEI DEN GEMEINDERATSWAHLEN 1989 UND 1984

ANTEIL SELBSTAEN- DIGE	ABGEGEB. STIMMEN	SPD	CDU	GRUENE	F.D.P.
	1	2	3	4	5
1989 IN %					
NIEDRIG BIS 6,7 %	82,9	48,1	38,1	2,9	5,4
MITTEL BIS 7,6 %	80,3	46,7	38,0	4,0	4,9
HOCH AB 7,6 %	75,6	45,1	34,8	6,0	6,8
1984 IN %					
NIEDRIG BIS 6,7 %	82,0	46,0	42,8	2,7	4,9
MITTEL BIS 7,6 %	80,0	44,6	42,5	4,3	4,0
HOCH AB 7,6 %	76,0	46,3	40,5	4,5	5,2
DIFF. ZU 1984 IN %-PUNKTEN					
NIEDRIG BIS 6,7 %	0,9	2,1	-4,7	0,2	0,5
MITTEL BIS 7,6 %	0,3	2,1	-4,5	-0,3	0,9
HOCH AB 7,6 %	-0,4	-1,2	-5,7	1,5	1,6

W A H L A N A L Y S E NACH SOZIALEM UMFELD
BEI DEN GEMEINDERATSWAHLEN 1989 UND 1984

ANTEIL BESCH. IM PROD. GEWERBE	ABGEGEB. STIMMEN	SPD	CDU	GRUENE	F.D.P.
	1	2	3	4	5
1989 IN %					
NIEDRIG BIS 43,7 %	76,2	45,2	35,8	5,4	6,1
MITTEL BIS 48,3 %	79,4	47,8	36,0	4,6	6,1
HOCH AB 48,3 %	83,9	46,1	40,4	2,6	4,0
1984 IN %					
NIEDRIG BIS 43,7 %	76,5	45,5	41,4	4,6	4,6
MITTEL BIS 48,3 %	79,0	46,5	40,7	4,4	4,9
HOCH AB 48,3 %	83,3	43,9	44,6	2,5	4,2
DIFF. ZU 1984 IN %-PUNKTEN					
NIEDRIG BIS 43,7 %	-0,3	-0,3	-5,6	0,8	1,5
MITTEL BIS 48,3 %	0,4	1,3	-4,7	0,2	1,2
HOCH AB 48,3 %	0,6	2,2	-4,2	0,1	-0,2

W A H L A N A L Y S E NACH SOZIALEM UMFELD
BEI DEN GEMEINDERATSWAHLEN 1989 UND 1984

ANTEIL BESCH. IN DER LANDWIRTSCHAFT	ABGEGEB. STIMMEN	SPD	CDU	GRUENE	F.D.P.
	1	2	3	4	5
1989 IN %					
NIEDRIG BIS 0,7 %	74,2	49,0	31,8	5,3	6,9
MITTEL BIS 1,5 %	83,2	45,4	40,1	4,1	5,2
HOCH AB 1,5 %	82,2	42,6	41,3	3,7	4,3
1984 IN %					
NIEDRIG BIS 0,7 %	74,9	49,5	38,1	4,3	4,7
MITTEL BIS 1,5 %	82,3	42,7	44,9	4,7	4,4
HOCH AB 1,5 %	81,7	42,0	44,3	2,8	4,7
DIFF. ZU 1984 IN %-PUNKTEN					
NIEDRIG BIS 0,7 %	-0,7	-0,5	-6,3	1,0	2,2
MITTEL BIS 1,5 %	0,9	2,7	-4,8	-0,6	0,8
HOCH AB 1,5 %	0,5	0,6	-3,0	0,9	-0,4

W A H L A N A L Y S E NACH SOZIALEM UMFELD
BEI DEN GEMEINDERATSWAHLEN 1989 UND 1984

ANTEIL BEVOELKERUNG 18 - 35 JAHRE	ABGEGEB. STIMMEN	SPD	CDU	GRUENE	F.D.P.
	1	2	3	4	5
1989 IN %					
NIEDRIG BIS 32,4 %	78,1	50,7	33,9	4,3	5,7
MITTEL BIS 34,2 %	77,0	45,0	36,7	5,1	5,9
HOCH AB 34,2 %	83,8	42,9	41,0	3,8	5,3
1984 IN %					
NIEDRIG BIS 32,4 %	77,9	48,6	37,8	4,5	4,7
MITTEL BIS 34,2 %	77,3	45,8	42,6	3,9	4,5
HOCH AB 34,2 %	83,0	40,6	45,9	4,0	4,7
DIFF. ZU 1984 IN %-PUNKTEN					
NIEDRIG BIS 32,4 %	0,2	2,1	-3,9	-0,2	1,0
MITTEL BIS 34,2 %	-0,3	-0,8	-5,9	1,2	1,4
HOCH AB 34,2 %	0,8	2,3	-4,9	-0,2	0,6

W A H L A N A L Y S E NACH SOZIALEM UMFELD
BEI DEN GEMEINDERATSWAHLEN 1989 UND 1984

ANTEIL BEVOELKERUNG UEBER 60 JAHRE	ABGEGEB. STIMMEN	SPD	CDU	GRUENE	F.D.P.
	1	2	3	4	5
1989 IN %					
NIEDRIG BIS 24,2 %	84,6	43,5	42,4	3,2	4,7
MITTEL BIS 26,3 %	81,1	44,5	38,1	4,5	4,9
HOCH AB 26,3 %	75,0	49,0	33,2	5,2	6,7
1984 IN %					
NIEDRIG BIS 24,2 %	83,2	41,9	46,9	3,1	4,0
MITTEL BIS 26,3 %	80,7	41,9	43,9	4,0	5,0
HOCH AB 26,3 %	75,6	49,7	38,0	4,7	4,6
DIFF. ZU 1984 IN %-PUNKTEN					
NIEDRIG BIS 24,2 %	1,4	1,6	-4,5	0,1	0,7
MITTEL BIS 26,3 %	0,4	2,6	-5,8	0,5	-0,1
HOCH AB 26,3 %	-0,6	-0,7	-4,8	0,5	2,1

W A H L A N A L Y S E NACH SOZIALEM UMFELD
BEI DEN GEMEINDERATSWAHLEN 1989 UND 1984

ANTEIL HAUPTSCHUL- ABSOLVENTEN	ABGEGEB. STIMMEN	SPD	CDU	GRUENE	F.D.P.
		1	2	3	4
1989 IN %					
NIEDRIG BIS 73,1 %	76,2	44,7	36,2	5,7	6,0
MITTEL BIS 75,6 %	81,0	48,7	36,9	4,0	5,2
HOCH AB 75,6 %	82,0	46,8	37,9	2,9	5,8
1984 IN %					
NIEDRIG BIS 73,1 %	76,5	44,9	41,4	4,8	4,3
MITTEL BIS 75,6 %	80,5	46,6	42,2	3,9	4,2
HOCH AB 75,6 %	81,3	45,4	42,1	2,9	5,8
DIFF. ZU 1984 IN %-PUNKTEN					
NIEDRIG BIS 73,1 %	-0,3	-0,2	-5,2	0,9	1,7
MITTEL BIS 75,6 %	0,5	2,1	-5,3	0,1	1,0
HOCH AB 75,6 %	0,7	1,4	-4,2		

W A H L A N A L Y S E NACH SOZIALEM UMFELD
BEI DEN GEMEINDERATSWAHLEN 1989 UND 1984

ANTEIL PERS. MIT MIND. REALSCHULABSCHL	ABGEGEB. STIMMEN	SPD	CDU	GRUENE	F.D.P.
		1	2	3	4
1989 IN %					
NIEDRIG BIS 24,6 %	82,0	47,4	37,4	3,1	5,4
MITTEL BIS 27,6 %	81,0	48,2	37,3	3,9	5,5
HOCH AB 27,6 %	76,2	44,7	36,2	5,7	6,0
1984 IN %					
NIEDRIG BIS 24,6 %	81,2	46,2	41,8	3,2	5,1
MITTEL BIS 27,6 %	80,6	45,9	42,5	3,7	4,7
HOCH AB 27,6 %	76,5	44,9	41,4	4,8	4,3
DIFF. ZU 1984 IN %-PUNKTEN					
NIEDRIG BIS 24,6 %	0,8	1,2	-4,4	-0,1	0,3
MITTEL BIS 27,6 %	0,4	2,3	-5,2	0,2	0,8
HOCH AB 27,6 %	-0,3	-0,2	-5,2	0,9	1,7

W A H L A N A L Y S E NACH SOZIALEM UMFELD
BEI DEN GEMEINDERATSWAHLEN 1989 UND 1984

ANTEIL HOCHSCHUL- ABSOLVENTEN	ABGEGEB. STIMMEN	SPD	CDU	GRUENE	F.D.P.
	1	2	3	4	5
1989 IN %					
NIEDRIG BIS 9,5 %	82,1	47,1	38,3	3,1	6,0
MITTEL BIS 11,3 %	81,4	47,9	37,6	4,0	4,3
HOCH AB 11,3 %	76,0	45,1	35,6	5,5	6,4
1984 IN %					
NIEDRIG BIS 9,5 %	81,2	45,7	42,3	3,4	5,5
MITTEL BIS 11,3 %	80,9	45,7	42,5	3,6	3,8
HOCH AB 11,3 %	76,4	45,3	41,1	4,7	4,7
DIFF. ZU 1984 IN %-PUNKTEN					
NIEDRIG BIS 9,5 %	0,9	1,4	-4,0	-0,3	0,5
MITTEL BIS 11,3 %	0,5	2,2	-4,9	0,4	0,5
HOCH AB 11,3 %	-0,4	-0,2	-5,5	0,8	1,7

W A H L A N A L Y S E NACH SOZIALEM UMFELD
BEI DEN GEMEINDERATSWAHLEN 1989 UND 1984

ANTEIL ERWERBS- LOSE	ABGEGEB. STIMMEN	SPD	CDU	GRUENE	F.D.P.
	1	2	3	4	5
1989 IN %					
NIEDRIG BIS 9,1 %	84,9	44,0	44,9	3,3	4,2
MITTEL BIS 10,3 %	81,0	47,1	37,4	3,9	5,0
HOCH AB 10,3 %	74,9	47,1	32,5	5,6	6,9
1984 IN %					
NIEDRIG BIS 9,1 %	83,2	42,6	46,7	3,7	4,0
MITTEL BIS 10,3 %	80,9	44,4	43,3	3,6	4,4
HOCH AB 10,3 %	75,6	47,6	38,5	4,6	5,1
DIFF. ZU 1984 IN %-PUNKTEN					
NIEDRIG BIS 9,1 %	1,7	1,4	-1,8	-0,4	0,2
MITTEL BIS 10,3 %	0,1	2,7	-5,9	0,3	0,6
HOCH AB 10,3 %	-0,7	-0,5	-6,0	1,0	1,8

W A H L A N A L Y S E NACH SOZIALEM UMFELD
BEI DEN GEMEINDERATSWAHLEN 1989 UND 1984

ANTEIL KATHOLISCHE BEVOELKERUNG	ABGEGEB. STIMMEN	SPD	CDU	GRUENE	F.D.P.
	1	2	3	4	5
1989 IN %					
NIEDRIG BIS 76,0 %	75,1	48,6	33,2	5,5	6,7
MITTEL BIS 89,3 %	81,8	44,4	40,3	3,9	4,2
HOCH AB 89,3 %	84,6	43,6	40,6	3,2	5,2
1984 IN %					
NIEDRIG BIS 76,0 %	75,6	48,5	38,4	4,9	4,9
MITTEL BIS 89,3 %	81,4	42,9	45,0	4,3	3,6
HOCH AB 89,3 %	83,4	41,7	45,6	2,1	5,1
DIFF. ZU 1984 IN %-PUNKTEN					
NIEDRIG BIS 76,0 %	-0,5	0,1	-5,2	0,6	1,8
MITTEL BIS 89,3 %	0,4	1,5	-4,7	-0,4	0,6
HOCH AB 89,3 %	1,2	1,9	-5,0	1,1	0,1

W A H L A N A L Y S E NACH SOZIALEM UMFELD
BEI DEN GEMEINDERATSWAHLEN 1989 UND 1984

ANTEIL EVANGELISCHE BEVOELKERUNG	ABGEGEB. STIMMEN	SPD	CDU	GRUENE	F.D.P.
	1	2	3	4	5
1989 IN %					
NIEDRIG BIS 8,8 %	84,3	43,0	40,5	3,1	5,5
MITTEL BIS 21,1 %	82,1	44,9	40,4	4,0	3,9
HOCH AB 21,1 %	75,1	48,6	33,2	5,5	6,7
1984 IN %					
NIEDRIG BIS 8,8 %	83,5	41,3	45,8	2,0	5,5
MITTEL BIS 21,1 %	81,4	43,3	44,9	4,4	3,3
HOCH AB 21,1 %	75,6	48,5	38,4	4,9	4,9
DIFF. ZU 1984 IN %-PUNKTEN					
NIEDRIG BIS 8,8 %	0,8	1,7	-5,3	1,1	
MITTEL BIS 21,1 %	0,7	1,6	-4,5	-0,4	0,6
HOCH AB 21,1 %	-0,5	0,1	-5,2	0,6	1,8

Quellennachweis

1. Heinz Ulrich Brinkmann
Wahlverhalten der "neuen Mittelschicht" in der Bundesrepublik Deutschland
aus: Aus Politik und Zeitgeschichte Nr. 30 — 31 vom 22.7.1988
2. Wahlen in Berlin '89; Hrsg.: Statistisches Landesamt Berlin, der Landeswahlleiter
3. Europawahl, Eine Analyse der 3. Direktwahl zum Europaparlament; Berichte der Forschungsgruppe Wahlen e.V., Mannheim, Nr. 54
4. Europa- und Kommunalwahlen 1989 im Saarland, Einzelschrift des Statistischen Amtes des Saarlandes Nr. 74
5. Rainer-Olaf Schultze "Die Bundestagswahl 1987 — eine Bestätigung des Wandels" aus: Aus Politik und Zeitgeschichte Nr. 12/87 vom 21.3.87
6. Peter Gluchowski, "Lebenstile und Wandel der Wählerschaft in der Bundesrepublik Deutschland" aus: Aus Politik und Zeitgeschichte Nr. 12/87 vom 21.3.87
7. Gemeindeblätter der VZ 87 für das Saarland

Johannes Barth
Dipl.-Mathematiker

Heiner Bost
Dipl.-Kaufmann